

GUATE-NETZ

Infobulletin des Guatemala-Netzes Zürich

28.02.2014 Nr. 46

Editorial

Das neue Bulletin verdient eure Aufmerksamkeit. Da ist unser Verein Guatemala-Netz Zürich 10 Jahre alt geworden: ein Moment zum Feiern! Über unsere letzte, sehr spannende Veranstaltung zum Thema „Krebs: Maya-Medizin und westliche Medizin im Vergleich“ hat Heidi Ruprecht einen sehr informativen Bericht geschrieben. Zur Problematik Megaprojekte in Guatemala, die wir seit langem verfolgen, könnt ihr ein Interview mit Bischof Ramazzini lesen. Das Eidgenössische Departement für äussere Angelegenheiten EDA hat im Dezember Leitlinien für den Schutz von MenschenrechtsverteidigerInnen publiziert, ein Dokument, das wir und unsere bedrohten Freunde in Guatemala gut brauchen können; wir stellen es hier kurz vor. Auf die Gründung des „Schweizer Forums für Menschenrechte und Frieden in Guatemala“ hin sind in der Zwischenzeit grosse Schritte gemacht worden; auch diesen Bericht zu lesen lohnt sich. Ein Tagungsbericht über einen Rundtisch zu Zentralamerika in Hofgeismar bei Kassel, wo VertreterInnen von NGOs aus dem ganzen deutschsprachigen Raum zusammen kamen, um genauer das Phänomen der systematischen Kriminalisierung sozialer Bewegungen in Guatemala und Honduras zu studieren und sich besser zu vernetzen, ist angefügt. Wir berichten schliesslich kurz über den Stand unseres Stipendienprojekts in San Marcos und fügen aktuelle Kurznachrichten an.

Beachtet bitte auch den Hinweis auf unseren nächsten Filmabend von Montag, 7. April und merkt euch unbedingt Samstag, den 21. Juni vor, wo wir uns zum kleinen Jubiläum treffen. Eine anregende Lektüre wünscht euch

Toni Steiner

Ein kleines Jubiläum

10 Jahre Verein Guatemala-Netz Zürich

Als ich vor kurzem in den Akten unseres Vereins stöberte, stiess ich auf das Protokoll der Gründungsversammlung des Vereins Guatemala-Netz Zürich; sie fand am 29. März 2004 statt. Das heisst doch: unser Verein ist jetzt rund 10 Jahre alt. Grund, ein kleines Jubiläum zu feiern.

Wir haben in diesen 10 Jahren mit unseren Veranstaltungen in Zürich, mit unseren Studienreisen, mit unseren Vernetzungen in der Schweiz und in Guatemala manches angestossen, manches bewegt, bis in die hohe Politik unseres Landes hinein. Dies alles war möglich, weil wir uns Personen und ihre konkreten Lebensverhältnisse in Guatemala, die von einer langen Geschichte der Ausbeutung und Fremdbestimmung gezeichnet sind, etwas angehen liessen. Auch wenn Zentralamerika viele Flugstunden von der Schweiz entfernt liegt, sind wir der Überzeugung, dass das Leben, das die Menschen dort führen, in mancher Hinsicht mit dem unseren zusammenhängt. In der Informations- und Mobilitätsgesellschaft von heute kann uns das Ferne in San Marcos, Rabinal oder La Puya nahe kommen. Es ist ein Gewinn für uns, Menschen einer anderen, der Maya-Kultur mit ihren Werten und Kämpfen kennen zu lernen und mit ihnen im Kontakt zu bleiben. Und für sie können wir vielleicht Hoffnungsanker werden.

10 Jahre Verein Guatemala-Netz Zürich. Doch der Gründung des Vereins war schon einiges vorausgegangen: Das Guatemalanetz Bern, das schon seit den 1980er Jahren besteht. Menschen aus der Gegend von Zürich, die das Land auf einer HEKS-Reise etwas kennen gelernt hatten oder die als MenschenrechtsbeobachterInnen in Guatemala rückkehrwillige Flüchtlinge begleiteten, die anfangs der 1980er

Jahre sich vor den mordenden Soldaten der guatemaltekischen Armee nach Mexiko hatten retten können. Schon im Herbst 1996 bildete sich eine Spurgruppe, die heimgekehrte FlüchtlingsbegleiterInnen und Guatemala-Bewegte sammelte und miteinander vernetzte. Bald brachten wir ein Informationsbulletin heraus, das GUATE-NETZ, und organisierten einzelne Veranstaltungen - oft mit Gästen aus Guatemala, die das HEKS eingeladen hatte. Dieses lockere Netz führten wir dann 2004 in den fester gefügten Verein über.

Der Vorstand beschloss, die 10 Jahre unseres Vereins an unserer Mitgliederversammlung von Samstag 21. Juni zu feiern. Die Eckdaten sind schon festgelegt. Genaueres folgt später.

Toni Steiner

Eckdaten unserer Jubiläumsveranstaltung

**Samstag 21. Juni 2014
im Haus h50 in Zürich**

9.45 Uhr	Mitgliederversammlung Kaffeepause
11 Uhr	Jubiläumsakt mit verschiedenen Beiträgen
Anschliessend	guatemaltekisches Essen
ca. 15 Uhr	Schluss der Veranstaltung

Tragen Sie sich den Termin gleich in Ihre Agenda ein!

Krebs

Maya-Medizin und westliche Medizin im Vergleich

Zu diesem Thema führte das Guatemala-Netz Zürich am 30. Januar 2014 eine Veranstaltung durch. Als Referenten hatten wir Dr. Pi-us Krütli von der ETH Zürich eingeladen. Dr. Krütli ist Senior Scientist an der ETH und Co-Leiter des Projekts MACOCC, einem internationalen Forschungsprojekt am Lehrstuhl für Umweltnatur- und Umweltsozialwissenschaften der ETH Zürich. Der Name „MACOCC“ steht für: „MAya and COntemporary Scienti-

fic Conceptions of Cancer“. Dieses Projekt hat uns Herr Krütli an jenem Abend vorgestellt. Das MACOCC-Projekt verfolgt eine bislang einzigartige Zielsetzung: Maya-Medizin und westliche Medizin im Vergleich - aus kulturellen Unterschieden gemeinsam lernen und gesellschaftliche Schranken überwinden. Weil das Projekt in verschiedener Hinsicht aussergewöhnlich ist, möchten wir auch unsere Leserinnen und Leser darüber informieren.

Die Besonderheiten des Projektes: Partnerschaftliche Leitung und Durchführung

Das MACOCC-Projekt wurde im Jahr 2010 von der ETH Zürich ins Leben gerufen und steht unter der Schirmherrschaft der Schweizer Botschaft in Guatemala und der ETH Zürich. Erstmals untersucht ein Forschungsprojekt nach wissenschaftlichen Standards, wie die Maya Krebserkrankungen diagnostizieren und behandeln. MACOCC ist zudem das erste Projekt, das die Maya-Kultur mit Fokus auf die Medizin erforscht. Die Finanzierung ist bis 2015 gesichert. Das Projekt startete, wie es der Maya-Tradition entspricht, mit einer spirituellen Zeremonie in Guatemala. Was das MACOCC-Projekt jedoch besonders auszeichnet, ist die konsequente partnerschaftliche Durchführung:

Wichtigster Grundpfeiler des Projektes ist die Gleichberechtigung und der gegenseitige Respekt der beiden sehr unterschiedlichen Kulturen. Die Forschungsgruppe und die Leitung bestehen daher je aus Vertreter/innen der westlichen Kultur und aus Maya-Heiler/innen. Die beiden Gruppen sind gleichberechtigt und entscheiden gemeinsam über wissenschaftliche Fragestellungen, über die methodische Vorgehensweise und über die Publikation der Resultate. Ohne explizite Zustimmung der Maya werden keine Daten veröffentlicht.

Ein solch partnerschaftliches Vorgehen ist auch deswegen aussergewöhnlich, weil die Maya nach Jahrhunderten der Verfolgung und Diskriminierung ein Misstrauen gegen Aussenstehende entwickelten und ihr Wissen lange geheim gehalten haben. In das Projekt einbezogen sind 5 der 21 Ethnien von Guatemala. Die Ältestenräte der ausgewählten Volksgruppen nominierten je 13 Heiler/innen, so dass insgesamt 65 Maya-Heiler/innen am Projekt beteiligt sind. Co-Projektleiter der Maya ist Simeon Taquira Sipac, ein Vertreter der Volksgruppe der Kaqchikel.

In Guatemala wird Krebs vor allem in den Städten auch nach den Methoden der westlichen Medi-

zin behandelt. Daher ist Dr. Eduardo Gharouzi, Onkologe am Nationalen Guatemaltekischen Krebszentrum INCAN, ebenfalls in das Projekt involviert. Das INCAN - ein sehr einfaches Spital, das den Patienten keinerlei Privatsphäre bietet - arbeitet mit sehr bescheidenen und alten Ausrüstungen. Die Patienten suchen das Spital in der Regel erst in einem sehr späten Krankheitsstadium auf, viele brechen die Therapie wegen der schwierigen Umstände im Spital wieder ab.

An der ETH sind neben Dr. Krütli drei Doktorand/innen am Projekt beteiligt, die teilweise aus Guatemala stammen und die in Guatemala auch Feldeinsätze leisten. Medizinischer Berater des Projektes ist Dr. Renner, Onkologe an der Hirslanden-Klinik Zürich. Zusätzlich werden auch Epidemiologen und Psychologen beigezogen.

Das Projekt sieht vor, dass die Vertreter der beiden Kulturen je einen Einblick in die Vorgehensweise der anderen Kultur erhalten und die andere Kultur respektieren. Daher informierten sich die Forscher und die Vertreter der westlichen Medizin in Guatemala vor Ort über die Heilkunst der Maya. Sie besuchten dabei auch einen medizinischen Pflanzgarten und nahmen an spirituellen Zeremonien der Maya teil.

Im Gegenzug reisten 8 Mayaheiler/innen im Mai 2013 in die Schweiz, informierten an der ETH in einer öffentlichen Veranstaltung über ihre Heilkunst und besuchten das Onkologiezentrum der Hirslanden-Klinik, die Krebsforschung von Novartis sowie das Tropeninstitut - und den Säntis bei traumhafter Weitsicht. Auf der Schwägalp fand anschliessend ein Treffen mit Naturheilenden aus der Schweiz statt. Entgegen der ursprünglichen Erwartungen sind die Berührungspunkte der beiden Naturheilmethoden jedoch sehr gering, den Schweizer Naturheilenden war die Vorgehensweise der Maya sehr fremd.

Ein partnerschaftlicher Forschungsansatz ist nach Dr. Krütli unbedingt nötig, um zu verlässlichen Informationen zu gelangen. Denn die Heilansätze der Mayamedizin und der westlichen Medizin sind so unterschiedlich, dass sich die Informationen nur im kulturellen Zusammenhang verstehen und bewerten lassen. Damit das gelingt, sind neben gegenseitigem Respekt auch Offenheit und Interesse an der jeweils anderen Kultur nötig. Um die Denkweise des anderen verstehen zu können, müsse das eigene kulturelle Referenzsystem überwunden wer-

den. Das sei anspruchsvoll und könne auch zu Reibungsverlusten führen, so Dr. Krütli.

Sehr unterschiedliche Ansätze bei der Behandlung von Krankheiten

Bei uns stehen bei der Krebserkrankung Zellen im Mittelpunkt, die durch Mutation bösartig werden und zu unkontrolliert wachsenden Tumoren entarten. Die westliche Medizin behandelt den Krebs in wertneutraler Weise auf molekularer Ebene mit High-Tech-Geräten und modernen Krebsmedikamenten. Psychosozialen und religiösen Aspekten kommt in der Krebstherapie - wenn überhaupt - nur eine untergeordnete Bedeutung zu.

Ganz anders bei den Maya: Für sie sind Krankheiten, wie auch der Mensch und seine Umwelt, Teile eines Ganzen. In ihrer Kosmvision hängt alles miteinander zusammen und kann sich gegenseitig beeinflussen. Krankheiten sind für die Maya Dysbalancen, die ihren Ursprung auf der seelisch-spirituellen, auf der körperlichen, auf der sozialen oder energetischen Ebene haben. Die Maya behandeln Krankheiten in erster Linie mit spirituellen Zeremonien und mit Pflanzen. Wobei die Pflanzen - anders als bei der westlichen Naturheilkunst - nicht spezifisch, sondern sehr breit für viele unterschiedliche Krankheiten eingesetzt werden. Pflanzen werden überdies nicht erst für die Therapie, sondern bereits für die Diagnose verwendet. Ein Teilprojekt von MACOCC untersucht und katalogisiert die Pflanzen, die die Maya zur Behandlung von verschiedenen Krankheiten einsetzen.

Trotz der sehr grossen Unterschiede bestehen auch Gemeinsamkeiten:

Eine überraschende Gemeinsamkeit der westlichen und der Maya-Medizin zeigte sich beim Besuch der Maya im Labor für photodynamische Therapie an der Universität Zürich. Das dort angewendete Prinzip, Tumorzellen mit bestimmten Wirkstoffen empfindlich auf Licht zu machen, sie dann zu beleuchten und zum Absterben zu bringen, kennen auch die Maya. Sie behandeln erkrankte Hautpartien mit einer Heilpflanze und setzen sie anschliessend dem Sonnenlicht aus. Dabei machen sie sich sogar die unterschiedlichen Wellenlängen des Lichtes zu verschiedenen Tageszeiten zunutze, beispielsweise das langwellige rote Sonnenlicht am Morgen oder am Abend.

Für die Maya ist eine enge Patienten-Heiler-Beziehung verbunden mit Spiritualität zentral für den Heilungserfolg. Zusätzlich ist auch das fa-

miliäre Umfeld des Patienten sehr wichtig. Die Maya beginnen jede Krankenbehandlung mit einer spirituellen Zeremonie. Den Maya ist es unverständlich, dass die westlichen Ärzte Patienten heilen können, ohne dabei das Ganze - die Erkrankung, die Persönlichkeit des Patienten, seine Lebensumstände und sein Umfeld - zu betrachten. Dass die Einstellung des Patienten den Heilungsprozess begünstigt, ist heute auch in der westlichen Wissenschaft unumstritten: das Befinden des Patienten besitzt einen Einfluss auf die Bildung körpereigener Botenstoffe, die ihrerseits zelluläre Prozesse verändern können.

Onkologe Dr. Renner von der Hirsländen-Klinik ist denn auch sehr beeindruckt über die intensive Beziehung zwischen Maya-Heilern und ihren Patienten. Er bezeichnet dies als eine aussergewöhnliche Erfahrung - er habe beim Besuch der Maya in eindrücklicher Weise feststellen können, dass Medizin nicht nur ein Ausführen von Behandlungsmethoden und Verschreiben von Medikamenten sei, sondern dass auch die Beziehung zwischen Patient und behandelndem Arzt eine wichtige Rolle spiele.

Vergleich der Diagnosen

Nicht nur die Behandlungsmethoden, sondern auch die Diagnosemethoden sind sehr unterschiedlich:

Die Maya gehen bei der Diagnose vom Einzelfall aus, ohne systematische Typologisierung der Krankheiten. Die Diagnose „Krebs“ kennen die Maya nicht. Die Maya behandeln Krebs so, wie sie auch andere nicht ansteckende, nicht infektiöse chronische Krankheiten behandeln.

Schriftliche Aufzeichnungen über die Heilkunst der Maya existieren nicht. Die Mayaheiler geben ihre Kenntnisse mündlich weiter. Ein nationales Krebsregister fehlt in Guatemala. Daher, und da die Maya die Diagnose „Krebs“ nicht kennen, lässt sich die Wirksamkeit der beiden Behandlungsarten noch nicht direkt vergleichen. Das MACOCC-Projekt bezieht sich deshalb in der aktuellen Phase hauptsächlich darauf, das Vorgehen bei der Diagnose zu vergleichen.

Dabei sollen 10 Krebspatienten sowie 20 Patienten mit anderen chronischen nicht infektiösen und nicht übertragbaren Krankheiten nach Art der Maya und nach der westlichen Medizin untersucht werden. Die Laboranalysen für die westliche Medizin werden zweimal durchgeführt, einmal in

Guatemala und einmal in der Hirsländen-Klinik in Zürich.

Die Studie erfolgt nach den geltenden ethischen Richtlinien für klinische Studien. Die Patienten müssen mit der Teilnahme einverstanden sein. Die Rekrutierung der Patienten erweist sich jedoch als schwierig.

Weitreichender Nutzen des MACOCC-Projektes

Das Projekt ist für alle Beteiligten gewinnbringend:

Auf Wunsch der Maya soll das nur noch mündlich überlieferte Wissen der Maya über Krebserkrankungen in einem Buch gesammelt werden - die früheren schriftlichen Dokumente der Maya sind während der spanischen Eroberung im 16. Jahrhundert zerstört worden. Das geplante Buch soll sehr anschaulich gestaltet werden. Zudem erhält jede/r der 65 Heiler/innen die Möglichkeit, sich persönlich zu seiner Heilmethode zu äussern.

Auch von der Zusammenarbeit mit der ETH, einem international anerkannten Forschungsinstitut, erhoffen sich die Maya konkreten Nutzen: eine vermehrte Anerkennung ihrer Kultur und ihrer Heilkunst in Guatemala und im Ausland, eine Stärkung ihrer politischen Bedeutung sowie eine Stärkung des Ältestenrates. Die westlichen Forschungspartner ihrerseits erhoffen sich Anregungen für eine moderne Krebsheilkunde, die nicht nur den Körper des Patienten, sondern den erkrankten Menschen als Ganzes betrachtet.

Durch das MACOCC-Projekt sind wichtige neue Netzwerke geschaffen worden: es entstanden wertvolle Netzwerke zwischen den einzelnen Ethnien, aber auch Netzwerke zwischen den beiden sehr unterschiedlichen Kulturen sowie zwischen Vertretern der westlichen Medizin und Mayaheilern. Dr. Gharouzi vom INCAN ist denn auch überzeugt, dass beide, die Maya und die westliche Medizin, voneinander lernen können. Als direkte Folge des MACOCC-Projektes sind erste Aktivitäten für ein guatemaltekisches Krebsregister angelaufen, mit Gesprächen zwischen Vertretern des Gesundheitsministeriums, mit Vertretern der grössten Spitäler des Landes, der WHO sowie mit Vertretern der Universidad del Valle in Guatemala und anderen Organisationen. Die Bedeutung eines solchen Krebsregisters kann nicht genügend betont werden.

Der ehemalige Botschafter von Guatemala, Herr

Thomas Kolly, spricht noch ein weiteres positives Resultat des MACOCC-Projektes an: Nach seiner Ansicht ist die gleichberechtigte partnerschaftliche Zusammenarbeit ein erfolversprechendes Modell, mit dem sich die Zusammenarbeit zwischen den Maya und der westlichen Kultur generell verbessern lässt. Dies nicht nur in der Medizin, sondern auch bei vielen Fragestellungen in anderen Bereichen, beispielsweise beim Klimawandel, bei der Landwirtschaft, bei der Energiegewinnung, bei der Gewinnung von Rohstoffen sowie auch im Rechts- und Sozialwesen.

Herr Kolly stellt das MACOCC-Projekt in einen noch grösseren Zusammenhang: die erstmals im MACOCC-Projekt konsequent durchgeführte gleichberechtigte partnerschaftliche Vorgehensweise ist ein Modell, mit dem sich ganz generell die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Kulturen verbessern lässt. MACOCC hat wichtige methodische Grundlagen geschaffen, die es erlauben, die Verständigung selbst zwischen sehr unterschiedlichen Kulturen zu erleichtern und den gegenseitigen Respekt zu erhöhen.

Wir möchten uns bei Herrn Dr. Krütli für seine sehr interessanten Ausführungen sowie für seine Bereitschaft, uns dieses aussergewöhnliche Projekt persönlich vorzustellen, herzlich bedanken.

Heidi Ruprecht

Weiterführende Literatur

[Spirituelle Zeremonien und Heilpflanzen gegen Krebs, NZZ Wissenschaft vom 21. Mai 2013](#)

[Maya-Medizin trifft Onkologie, ETH Life vom 22. Mai 2013](#)

[MACOCC Newsletter Nr. 5, August 2013, © 2013 ETH NSSI](#)

Gemeinden wollen gehört werden

Bischof Álvaro Ramazzini über umstrittene Megaprojekte in Guatemala¹

Bischof Álvaro Ramazzini, mit dem wir schon seit Jahren in Kontakt stehen, ist seit 18 Monaten in Huehuetenango tätig. Der Bischof gilt als Vertreter der Kirche an der Seite der Armen, und hat erst kürzlich in einem Wasserkonflikt zwischen Regierung, Unternehmen und der Bevölkerung vermittelt. Mit ihm sprach Knut Henkel.

¹Aus: *neues deutschland*, Dienstag, 31. Dezember 2013

Monseñor, ist es ungewöhnlich, dass ein Präsident nach Huehuetenango kommt, um mit den Bewohnern einer Stadt zu sprechen, die sich nicht gehört fühlt?

Ja, das ist etwas Neues in Guatemala. Zugleich zeigt es, wie konfliktreich die Situation in der kleinen Stadt Santa Cruz Barillas ist. Die Regierung hat allerdings auch ein Moratorium für neue Bergbaukonzessionen im August des Jahres verhängt.

Ein Schritt in die richtige Richtung, um wieder glaubwürdiger in den Gemeinden zu werden?

Es ist keine verbindliche Entscheidung, sondern eine Bitte der Regierung an das Parlament des Landes für den Zeitraum von zwei Jahren. Wenn in diesem Zeitraum das Bergbaugesetz novelliert wird, ist das Moratorium hinfällig. Das ist ein Unterschied, und so kann es sein, dass ein neues Gesetz das Moratorium schnell gegenstandslos macht. Der andere Punkt ist, dass das Moratorium nur in die Zukunft reicht, für aktuelle Konflikte gilt es somit nicht. Das ist ein weiteres Problem, denn wir haben es heute bereits mit zahlreichen Konflikten im Bergbausektor zu tun.

Sie hätten es lieber gesehen, wenn alle Projekte neu verhandelt worden wären ... ?

Ja, denn es gibt eine ganze Reihe von offenen Konflikten, wo eine Neuverhandlung durchaus wünschenswert wäre.

Was wünschen Sie sich für die Zukunft angesichts der steigenden Zahl von Bergbau- und Umweltkonflikten?

Guatemala braucht mehr Partizipation der Kommunen, und ein erster Schritt wäre es, wenn die Abgeordneten aus den Regionen auch wirklich die Wünsche der Mehrheit in den Kommunen vertreten würden. Dazu gehört es auch, die Konvention 169 über die „Rechte der indigenen Völker“ zu beachten und zu befolgen, sowie die Umweltfolgen genau und rigoros zu untersuchen. Das ist oft nicht der Fall, denn der Bergbau bringt immer Schäden mit sich. Warum ist es in Guatemala nach wie

vor gestattet, Zyanide einzusetzen, aber in Europa nicht? Ich bin darüber hinaus der Meinung, dass es nötig ist, die Bergbauabgaben zu erhöhen - auf ein Niveau von 46 oder 50 Prozent. Das Land muss auch etwas vom Bergbau haben.

80 Kilometer von Huehuetenango entfernt liegt Santa Cruz Barillas, und dort gibt es einen handfesten Konflikt um das Wasser - wie denken Sie über den Fall?

In Santa Cruz Barillas will ein spanisches Unternehmen die dortigen Wasserfälle nutzen, und die lokale Bevölkerung befürchtet eine Einschränkung ihres Zugangs zum Wasser. Grundproblem ist, dass das spanische Unternehmen nie ihr Projekt vorgestellt und einfach mit der Arbeit begonnen hat - von vornherein unter dem Schutz einer aggressiv auftretenden Wachmannschaft. Das hat für wenig Begeisterung in der Kommune gesorgt, und ich denke, dass bei derartigen Projekten es immens wichtig ist, die Leute vorher zu informieren. Das war nicht der Fall, und bis heute wissen die Leute de facto nicht, was sie von der Investition des spanischen Unternehmens haben. Das ist ein entscheidender Punkt - wo partizipiert die lokale Gemeinde? Es geht nicht um die Schule oder den Kindergarten, der wie ein Almosen gespendet wird, sondern um verbindliche langfristige Zusagen.

Wasser ist in vielen Regionen Guatemalas knapp - fehlt es an Regularien zur Nutzung?

Ja, wir brauchen klare Vorgaben für die Nutzung des Wassers. Die Unternehmen nehmen sich, was sie kriegen können, bohren Brunnen und niemand fragt, was mit den lokalen Bedürfnissen ist. Da gibt es ein Ungleichgewicht.

Ist dafür nicht der Staat verantwortlich - für die Implementierung der Rahmenkoordinaten?

Wir leben nach einem ökonomischen Modell, welches darauf abzielt, das Gros des Kapitals in den Händen weniger zu konzentrieren. Die ausländischen Unternehmen kommen schließlich nicht nach Guatemala, um hier Gutes zu

tun, sondern um Geld zu verdienen, ihr Kapital zu vervielfachen, wenn möglich. Guatemala kommt ihnen dabei weit entgegen, doch nun gibt es immer mehr Widerstand auf lokaler Ebene. Heute wollen Gemeinden wie Santa Cruz Barillas wissen, was sie von einer Investition in ihrer Gemeinde haben. Es reicht nicht mehr, wenn einige Golddukaten in den staatlichen Haushalt fallen. Die Gemeinden wollen gehört werden und an den Profiten partizipieren, um der Armut zu entkommen.

Gibt es politische Parteien oder Bewegungen, die dem Rechnung tragen?

Nein, derzeit nicht, die Parteien der Linken haben kaum Einfluss. Sie müssen sich reorganisieren, etwas für ihre Glaubwürdigkeit tun. Zudem orientiert man sich in Guatemala sehr stark am neoliberalen Modell.

Warum ist die Situation in Santa Cruz Barillas so verfahren?

Es gibt kaum Vertrauen zwischen Unternehmen, Regierung und Gemeinde, und es gibt viele Bewohner, die für den Abzug des Unternehmens votieren. Ein Übriges hat die lokale Regierung getan, weil sie den Widerstand gegen das Unternehmen kriminalisiert hat. Vorhin habe ich gerade den Anruf eines Anwalts erhalten, der mir berichtete, dass es einen Haftbefehl gegen einen der Anführer des Widerstands gibt. Das reduziert sicherlich nicht das Konfliktniveau.

Wie kommen die Haftbefehle zustande?

Oft auf Basis der Aussagen von Arbeitern - nicht sonderlich glaubwürdig. Das ist ein Problem unserer Justiz.

Welche Bedeutung hat ein Ort wie Santa Cruz Barillas auf nationaler Ebene?

Das ist schwierig zu sagen, aber die Haltung der Gemeinde hat Folgen. Grundsätzlich fehlt ein Mechanismus, der dafür sorgt, dass die Konvention 169 über die „Rechte der indigenen Völker“ auch angewandt wird. Es fehlt ein verbindliches gesetzliches Prozedere, und das würde auch den Gemeinden das Gefühl geben, ernst genommen zu werden.

Schweizer Leitlinien zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger/innen

Das Eidgenössische Department für auswärtige Angelegenheiten EDA hat im Dezember 2013 die Leitlinien zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger/innen² veröffentlicht und damit in Kraft gesetzt.

Die UNO definiert Menschenrechtsverteidiger/innen als Personen, die sich im privaten oder beruflichen Bereich alleine oder in der Gruppe auf friedliche Art und Weise für die Verteidigung der Menschenrechte einsetzen. Sie anerkennen die Universalität, die Interdependenz und die Unteilbarkeit der Menschenrechte, unabhängig von Geschlecht, Ethnie, Nationalität, Religion, sexueller Orientierung oder anderer Merkmale.

1998 verabschiedete die UNO nach rund 14 Jahren Verhandlungszeit die Deklaration zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger/innen. Darin wurden erstmals internationale Standards für den Schutz von Menschenrechtsverteidiger/innen festgehalten. Die Schweiz war an den Verhandlungen zum Deklarations-text beteiligt. Die Deklaration ist rechtlich nicht verbindlich, hat jedoch politisches Gewicht. Sie bezieht sich auf verschiedene UNO-Konventionen und wurde von der UNO-Generalversammlung im Konsens verabschiedet. Die Deklaration hält fest, dass die Staaten verpflichtet sind, Menschenrechtsverteidiger/innen zu schützen. Das Dokument war die Grundlage für die im Jahr 2000 geschaffene Position der UNO-Sonderberichterstatterin für Menschenrechtsverteidiger/innen. Folgende Rechtsbereiche sind für Menschenrechtsverteidiger/innen zentral: Recht auf freie Meinungsäusserung (Art. 19 UNO Pakt II); Recht auf Versammlungsfreiheit (Art. 21 UNO Pakt II); Recht auf Vereinigungsfreiheit (Art. 22 UNO Pakt II).

Schweiz: Besonderer Schutz ist notwendig

Menschenrechtsverteidiger/innen - sowie oft auch deren Angehörige - sind häufig der Will-

kür ausgesetzt, werden bedroht oder Opfer von Gewalt und sind deshalb auf Schutz angewiesen. Der Schutz und die Förderung der Menschenrechte gehören zu den aussenpolitischen Zielen der Schweiz. Das EDA stellt mit den 2013 publizierten Schweizer Leitlinien zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger/innen eine Sammlung von Handlungsansätzen zur Verfügung. Die Leitlinien enthalten folgende Empfehlungen:

Informationsbeschaffung und Berichterstattung: Die Auslandsvertretungen sollen Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidiger bei der Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen unterstützen und darauf achten, dass sich der rechtliche Rahmen nicht zu ihren Ungunsten verändert.

Direkter Kontakt mit Menschenrechtsverteidiger/innen: Der direkte Kontakt mit einer Schweizer Auslandsvertretung kann ein wichtiges Schutzinstrument sein. Internationale Aufmerksamkeit und öffentliche Unterstützung kann die Arbeit von Menschenrechtsverteidiger/innen legitimieren und zu einem besseren Schutz beitragen.

Kontakt mit den zuständigen Behörden: In Gesprächen mit den zuständigen Behörden oder mit der Regierung kann die Schweiz Informationen über Menschenrechtsverteidiger/innen einholen und Verhandlungen vorschlagen.

Öffentliche Äusserungen in Einzelfällen: Bei Einschränkung der Meinungsfreiheit, Folter oder aussergerichtlichen Hinrichtungen von Menschenrechtsverteidiger/innen kann die Schweiz intervenieren.

Zusammenarbeit mit internationalen Akteuren: Die Schweiz arbeitet bei Interventionen wenn möglich mit internationalen Akteuren, Vertretern von gleichgesinnten Staaten, regionalen und lokalen Nichtregierungsorganisationen zusammen und engagiert sich in multilateralen Gremien.

Medien: Medienmitteilungen oder Berichte über Menschenrechtsverteidigerinnen und

²Die Broschüre Schweizer Leitlinien zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger/innen kann bestellt werden bei: Information EDA, Tel.: +41 (0)31 322 31 53; E-Mail: <mailto:publikationen@eda.admin.ch>

Menschenrechtsverteidiger in Lokalzeitungen können diese schützen. Präsenz bei den Vereinten Nationen in Genf: Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidiger sollen auch an UNO-Sitzungen in Genf teilnehmen können.

Repressalien gegen Menschenrechtsverteidiger/innen: Arbeiten Menschenrechtsverteidiger/innen mit UNO-Institutionen oder anderen internationalen Organisationen zusammen, benötigen sie aufgrund der Aufmerksamkeit, die sie auf sich ziehen, erhöhten Schutz.

Visumspolitik: Die Schweiz bemüht sich um den bestmöglichen Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger vor Ort. Ein temporärer Aufenthalt im Ausland wird nur im äussersten Notfall in Betracht gezogen.

Dorothea Rüesch



Yolanda Oqueli

Die vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA in Auftrag gegebene und von *Daniel Schweizer* konzipierte Aus-

stellung *Faces of Human Rights Defenders and the Extractive Industry* wurde im Dezember 2013 auch in Zürich gezeigt.

Yolanda Oqueli aus La Puya, Guatemala, die den gewaltlosen Widerstand gegen das Goldbergwerk El Tambor angestossen hat, war eines der porträtierten „Gesichter von Menschenrechtsverteidigerinnen“.

Foro Suizo - bereit zum Start!

Im letzten [Bulletin \(Nr. 45, 25. Nov. 2013\)](#) hatten wir darüber berichtet, dass eine Reihe von Schweizer NGOs aus der Zentralamerika-Plattform, die in Guatemala tätig sind, die Absicht haben, eine lockere Allianz zu bilden, um in Guatemala einen Beitrag zu leisten, damit in der guatemaltekischen Gesellschaft die Rechtssicherheit wächst. Es besteht ja kein Zweifel, dass in einem Staat, wo Gesetze nach dem Wunsch der sichtbaren und unsichtbaren Eliten erlassen und ausgelegt werden, auf die Gerichte kein Verlass ist und Verbrechen meist unaufgeklärt bleiben, Hilfsprojekte kaum nachhaltige Verbesserungen bringen. Wer Kleinbauern in ihrer landwirtschaftlichen Produktion fördern will, ist darauf angewiesen, dass die Bauern einen rechtlich klaren Bezug zum Boden haben, den sie bebauen. Und wer etwas zur Bildung der Jugend beitragen will, darf nicht nur Schulhäuser bauen, sondern muss sich darauf verlassen können, dass die Häuser anschliessend unterhalten und die Lehrer rechtmässig angestellt, bezahlt und begleitet werden.

Die NGOs, die bereit sind, miteinander das „Schweizer Forum für Menschenrechte und Frieden in Guatemala“, kurz *Foro Suizo* zu bilden, haben in der Zwischenzeit wichtige Abklärungen getroffen. Für eine Pilotphase von einem Jahr tritt das Foro Suizo als eine Trägerorganisation der *Plataforma Internacional contra la Impunidad* in Guatemala bei. Das hat den grossen Vorteil, dass das Foro nicht ein eigenes Büro in Guatemala zu errichten braucht und stattdessen eine ausgewiesene Institution und Kraft in Guatemala in An-

Kriminalisierung sozialer Bewegungen

spruch nehmen darf, die von verschiedenen europäischen Organisationen mitgetragen wird. *Anabella Sibrián*, die Repräsentantin der *Plataforma Internacional*, arbeitet schon seit über 10 Jahren in dieser Funktion. Sie ist in Guatemala mit nichtstaatlichen Organisationen, Repräsentanten internationaler Organisationen und ausländischen Vertretungen sehr gut vernetzt. Die guatemaltekischen Behörden wissen um ihre Kompetenz. Deshalb kann sie sachlich geklärte Informationen zusammenführen, Interventionen vorbereiten und Diplomaten auf wichtige Vorgänge aufmerksam machen und zu Schritten bewegen.

Wenn wir als *Foro Suizo der Plataforma Internacional* mindestens für die Pilotphase von 1 Jahr beitreten, verstärken und erweitern wir die Repräsentation dieser Organisation, nehmen aber auch teil an einem Raum, wo konkret, zusammenhängend und konsequent von einer in Guatemala verankerten Stelle aus zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger/innen (wie z.B. im Fall von *Yolanda Oquelí*), für die Verbesserung des Justizwesens oder für die Respektierung der territorialen Ansprüche der indigenen Völker gearbeitet wird.

Bis Ende März soll geklärt sein, welche Schweizer Organisationen beim *Foro Suizo* wirklich mitmachen. Die Spurgruppe, die den Kontakt mit der *Plataforma Internacional* in Guatemala unterhält, ist bereits gebildet. Sie besteht aus vier Personen der Organisationen HEKS, Caritas Schweiz und den Guatemalanetzen Bern und Zürich. Ab April 2014 soll das *Foro Suizo* Mitglied der *Plataforma Internacional* sein!

Toni Steiner

Runder Tisch Zentralamerika

Am Freitagmorgen des 31. Januars machten sich sechs Schweizer VertreterInnen von verschiedenen Organisationen³ zu einer dreitägigen Tagung in der Nähe von Kassel auf. Über 60 Personen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz besprachen dort das Thema der Kriminalisierung von sozialen Bewegungen in Zentralamerika, wobei der Fokus stark auf Guatemala und Honduras lag. Aus beiden Ländern reisten VertreterInnen der Zivilgesellschaft an, aus Guatemala *Anabella Sibrián* von der *Plataforma Internacional contra la Impunidad* und aus Honduras *Pedro Landa* von der *Coalición de Redes Ambientales*. Zusammen mit *Susanna Daag* von CIFCA zeigten sie die schwierige Situation der lokalen und internationalen MenschenrechtsverteidigerInnen in ihren Ländern auf, die sich in den letzten Jahren, v.a. wegen der Kriminalisierung, stark verschlechtert hat.

Das Tagungsthema wurde vertieft behandelt, so dass auch das informierte Publikum mehr über die verschiedenen Facetten der systematischen Kriminalisierung erfahren konnte, die von den nationalen Machteliten im Verbund mit internationalen Wirtschaftsakteuren über Presse, Behörden, Polizei und Gerichtswesen gegen Bürgerbewegungen und MenschenrechtsverteidigerInnen ausgeübt werden. Daneben war das Ziel jedoch, Handlungsspielräume zu erkennen, an denen wir von hier aus mitwirken können. In zwei Workshops wurde an konkreten Beispielen aus den zwei Ländern aufgezeigt, wie Kriminalisierung geschieht und was - vielleicht auch dank internationaler Zusammenarbeit - dagegen unternommen werden kann. Da Kriminalisierung meist mit sog. Megaprojekten zusammengeht, kann auch die europäische Bevölkerung durch Sensibilisierungskampagnen gewonnen werden, sich für die Rechte der Geschädigten in den Herkunftsländern der Rohstoffe einzu-

³Guatemalanetz-Zürich, Peace Watch Switzerland, HEKS und Honduras-Forum Schweiz.

setzen. Schliesslich werden die Metalle oder auch Palmöl und andere landwirtschaftliche Produkte meist von Konzernen mit Sitz in Ländern des Nordens weiterverarbeitet und von uns konsumiert. Dies war auch eine der Schlussfolgerungen, dass eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den Organisationen in Zentralamerika und denjenigen hier entsteht. Schon allein als Antwort auf das fragwürdige Assoziierungsabkommen der EU mit den Ländern Zentralamerikas ist es jetzt Zeit für die Zivilgesellschaft zu reagieren.

Auch ausserhalb der offiziellen Veranstaltung wurde viel „genetzwerkt“ - die breite Palette von Organisationen⁴ erlaubte einen spannenden und fruchtbaren Austausch. Damit dieser auch nach der Tagung weitergeht, wurden speziell zwei Arbeitsgruppen gebildet: Eine, die sich um die direkte Auswertung der Tagung kümmert und somit mögliche Aktionen aus dem Besprochenen ableitet; und eine andere, die sich der Zukunft des Runden Tisches Zentralamerika zuwendet. Denn dieser, dies wurde ohne Widerrede angenommen, ist eine Veranstaltung, die in regelmässigen Abständen (alle 2-3 Jahre) stattfinden soll. Dank Schweizer Beteiligung an der ersten Arbeitsgruppe, soll auch die innereuropäische Zusammenarbeit weiter intensiviert werden.

Buchs ZH, 4. Februar 2014

Daniel Langmeier

Kurznachrichten

Schweizer Botschafter für Guatemala ernannt. Noch im Dezember wurde *Jürg Benz* zum Schweizer Botschafter in Guatemala ernannt. Die Botschaft in Guatemala wird verkleinert und in Zukunft die Funktion einer „Interessenwahrungsververtretung“ für die Schweiz haben. Damit sind die politischen Aufgaben gemeint, wozu auch die Anliegen, dort Menschenrechte und Sicherheit zu fördern, gehören. *Jürg Benz* war in den letzten Jahren Leiter des DEZA-Büros in Honduras und

kennt somit die Probleme in Zentralamerika gut. Seinen Posten wird er anfangs Juli antreten.

Yolanda Oqueli geehrt und gleichzeitig kriminalisiert. Am 10. Dezember, am sogenannten Menschenrechtstag, wurde Yolanda Oqueli vom Menschenrechtsbüro der Erzdiözese Guatemala (ODHAG) mit dem Gerardi-Preis ausgezeichnet. Dieser Preis wurde zum Gedenken an Bischof Juan José Gerardi eingerichtet, der sich entschieden für die Menschenrechte in Guatemala eingesetzt hatte und deswegen von Sicherheitsdiensten der Armee im April 1998 ermordet worden war. Die Preisverleihung an Yolanda ist eine wichtige Anerkennung ihres Einsatzes für die Art des gewaltlosen Widerstand in La Puya.

Gleichzeit läuft gegen sie und ein paar ihrer MitstreiterInnen eine Klage von drei Arbeitern des nordamerikanischen Bergbauunternehmens, das in La Puya im Tagebau Gold ausbeuten will. Die Arbeiter klagen die AktivistInnen abenteuerlicher Verbrechen an (s. GUATE-NETZ Nr. 45). Monat für Monat werden die Angeklagten zu einer Gerichtsverhandlung eingeladen. Doch bis jetzt hat noch keine stattgefunden, auch am 14. Februar nicht. Die nächste wurde auf den 2. April festgesetzt. So sollen wohl die Angeklagten gelähmt und zermürbt werden.

Zur Zeit bereitet der gewaltlose Widerstand La Puya seinen 2. Jahrestag vor, der am 1. März vor dem Zugang zum Bergwerkgelände gefeiert wird.

Die US-Regierung macht Druck auf die Weltbank (WB) und die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB), die Reparationszahlungen der Regierung Guatemalas gegenüber Maya Gemeinden von Rabinal zu garantieren. Im Budgetgesetz 2014, das vom USA-Kongress und Senat im Januar 2014 verabschiedet und von Präsident Obama unterschrieben wurde, werden WB und IDB aufgefordert, die ausgehandelten Reparationszahlungen an die durch das Wasserkraftwerk Chixoy geschädigten 33 Gemeinden der Maya Ethnie Achí zu garantieren. Durch den Bau dieses Kraftwerks, das 1981 vollendet wurde, wurden die genannten Gemeinden aus ihren Dörfern und von ihrem Land vertrieben oder - bei Widerstand - umgebracht. Erst nachdem der schwere Deckel der Repression und des Schweigens

⁴Unter anderem: Brot für die Welt, Misereor, Peace Brigades International, medico international, Kinder-nothilfe, FIAN International, Adveniat, Informationsbüro Nicaragua, terre des hommes, Heinrich Böll-Stiftung etc.

etwas gelüftet war, wagten diese Gemeinden, sich zum Verband COCAHICH zusammenzuschliessen und vom Staat Guatemala Entschädigung und Wiedergutmachung zu fordern. Es kam zu Verhandlungen am Runden Tisch, an dem neben Vertretern der Regierung Guatemalas auch die WB und die BID teilnahmen (2006 - 2009). Diese Verhandlungen führten zu einem Schlussbericht, der vom damaligen Präsidenten Colom ratifiziert wurde (vgl. Interview mit Juan de Dios García im Anhang von [GUATE-NETZ 42](#) auf unserer Homepage).

Damit gerät auch die Regierung Guatemalas unter Druck. Präsident Otto Pérez verteidigte öffentlich die Untätigkeit der Regierung in dieser Sache. Die Entschädigung der betroffenen Gemeinden wäre eine Privilegierung gegenüber andern, die unter ähnlichen Bedingungen zu leben haben. In der guatemaltekischen Zeitung El Periódico vom 15.2. entlarvt Juan de Dios García die Absicht des Präsidenten: Er hält uns für unfähig, mit internationalen Körperschaften in Verbindung zu treten und nennt uns subversiv. Er macht uns nochmals zu Schuldigen und beleidigt unsere Familien ... Die geschädigten Gemeinden leben aber immer noch in Hunger und Elend.

Sperisen wegen Mordes angeklagt. Erwin Sperisen, guatemaltekisch-schweizerischer Doppelbürger der zwischen 2004 und 2007 Polizeichef Guatemalas war und wegen ernsthafter Verdachtsmomente am 31. August 2013 in Genf in Untersuchungshaft genommen wurde, wird sich nun - wie in der NZZ vom 11.1.14 zu lesen war - vor dem Genfer Strafrichter wegen Mordes an 10 Gefangenen verantworten müssen. Er soll angeordnet haben, die Gefangenen zu töten oder in bestimmten Fällen auch selber den Abzug gedrückt haben.

Mehr Transparenz im Goldhandel. Die Schweiz ist eine ganz wichtige Drehscheibe des Goldhandels. Es gibt 5 grosse in der Schweiz ansässige Goldraffinerien, die etwa 70% der weltweiten Goldproduktion verarbeiten. Während normalerweise in den staatlichen Handelsstatistiken festgehalten wird, woher die Rohstoffe kommen, wurde dies in der Schweiz 1981 für Gold abgeschafft. Dies hatte wohl damit zu tun, dass die Schweiz so den Handel mit dem damaligen Apartheid-Staat Südafrika verschleiern konnte, gegen den international ein Embargo verhängt worden war. Aufgrund des Beschlusses des Bun-

desrates muss seit Februar 2014 wieder statistisch festgehalten werden, aus welchen Ländern Gold importiert und in welche Länder es exportiert wird. Kritische NGOs der Schweiz betonen, dass damit aber noch nicht deklariert ist, wo das Gold aus dem Boden geholt und mit welchen Methoden es geschürft wurde. Die Schweiz aber will so künftig wieder internationale Standards erfüllen.

Die guatemaltekische Generalstaatsanwältin Claudia Paz y Paz vorzeitig abgelöst. Schon seit mehreren Wochen wurde in bestimmten Kreisen Guatemalas darüber verhandelt, ob Generalstaatsanwältin Claudia Paz y Paz, die im November 2010 vom damaligen Präsidenten Alvaro Colom mit diesem Amt betraut wurde und im Dezember 2010 ihr Amt antrat, nicht schon im Mai ihr Amt abgeben müsse. Ihr Vorgänger Conrado Reyes war nämlich im Mai 2010 ernannt worden, dessen Wahl und Ernennung aber später vom Verfassungsgericht für nichtig erklärt. Die Frage - rein juristisch gesehen -, die jetzt debattiert wurde, war also, ob Frau Paz y Paz bloss als Ersatz für Reyes ernannt worden sei oder ob sie für eine ganze Periode ernannt wurde, d.h. für volle 4 Jahre.

Frau Paz y Paz hat bisher ihr Amt mit grosser Ernsthaftigkeit ausgeübt und die Straflosigkeit im Land beachtlich zurückgedrängt. Ohne sie wäre der Prozess gegen Rios Montt bestimmt nicht zustande gekommen. Obwohl sie öffentlich vom Präsidenten viel Lob bekam und von nationalen Menschenrechtsorganisationen und internationalen Gremien wie der CICIG hoch geschätzt wird, hat das Verfassungsgericht am 5. Februar beschlossen, der Kongress (nationales Parlament) müsse sofort eine Berufungskommission einsetzen, um die Ernennung eines neuen Generalstaatsanwalts vorzubereiten, der/die im Mai das Amt übernehmen könne. Inzwischen wurde diese Berufungskommission gewählt und vereidigt. Die Manipulationen um das Amt der Generalstaatsanwältin Claudia Paz y Paz geben national wie international Anlass zu grosser Besorgnis über die Zukunft einer verlässlicheren Justiz in Guatemala.

Unser Stipendienprojekt

Unser Stipendienprojekt in San Marcos - am Anfang des Jahres 2014.

Ana Aguado, die Verantwortliche in der Zentrale der LandarbeiterInnen-Bewegung (MTC) für unser Projekt, hat uns einen ausführlichen Bericht geschickt über den Stand der Dinge. Trotz der schwierigen Bedingungen, in denen die jungen Frauen und Männer, die unsere finanzielle Beihilfe bekommen, leben, kommen die meisten in ihren Studien voran und haben das zweite Semester 2013 erfolgreich abgeschlossen. Sie haben zudem aber auch Verantwortung in den Jugend- oder Frauengruppen ihrer Herkunftsorte übernommen und damit diese belebt und gestärkt. Dabei wurden die jungen Erwachsenen von der Zentrale wie von den lokalen Stipendienkomitees bei Besuchen und in Zusammenkünften begleitet.

Als Leser des Berichts staune ich, mit welchen konkreten Themen die StipendiatInnen in ihrem lokalen Umfeld vorstellig wurden: z.B. der sorgfältige Umgang mit der Mutter Erde, gesunde Getränke und Hygiene bei der Vorbereitung der Speisen, Kommunikation in der Familie, Heilpflanzen, recycelbare Abfälle u.a.m. Dazu haben offenbar die StipendiatInnen in ihren lokalen Gruppen Impuls vorbereitet und Gespräche angeregt. Von den 14 StipendiatInnen, die das Studienjahr erfolgreich abgeschlossen haben, sind 11 Frauen und 3 Männer. Ihr Alter ist zwischen 20 und 34. Die meisten bereiten sich auf den höheren Lehrerberuf vor, einzelne auf spezialisierte Krankenpflege oder Verwaltung. Die StipendiatInnen stammen aus 10 verschiedenen Bezirken des Hochlandes und der Küstengegend des Departements.

Der Vorstand des MTC hofft, dass dank diesem Stipendienprojekt neue Führungspersonen für die Bewegung herauswachsen. Einzelne sind schon Mitglieder von Vorständen oder von kommunalen Gremien geworden.

Die Equipe, die von der Zentrale aus das Projekt begleitet, will im neuen Jahr diese Arbeit weiter engagiert vorantreiben. Sie will auch dazu beitragen, dass die Bewegung der LandarbeiterInnen in ihrer Gesamtheit und ihre Vereine im Besonderen die StipendiatInnen und die Aufgaben, die sie vor Ort leisten, noch besser wahrnehmen und wertschätzen. Und was machen wir damit weiter? Das MTC möchte 2014 gerne 20 jun-

gen Erwachsenen diesen Weg mit einem Stipendium ermöglichen. Wir haben ihnen grünes Licht gegeben. Einerseits ist unser entsprechendes Konto dank eurer Spenden noch nicht ausgeschöpft und andererseits wissen wir um eure engagierte Grosszügigkeit. (Einzahlung auf unser Postkonto 87-674612-1, Vermerk „Stipendienprojekt San Marcos“.)

Toni Steiner

Filmabend vom 7. April 2014

19.00 Uhr im Haus h50 in Zürich

Reise nach Nebaj ist ein Dokumentarfilm, den das Schweizer Fernsehen 1980 zur Zeit der brutalsten Aufstandsbekämpfung in Guatemala aufgenommen und gesendet hat. Seither sind mehr als 30 Jahre vergangen. Wir schauen uns diesen starken Film an und überlegen, was sich in der Zwischenzeit in Guatemala verändert hat - und was vielleicht nicht. KennerInnen der Situation werden dabei sein und mitreden.



Impressum:

Nr. 46/28. Februar 2014

Erscheint 2-4 x jährlich

Herausgeber: Guatemala-Netz Zürich

Homepage:

<http://www.guatemalanetz-zuerich.ch>

Postkonto: PC 87-674612-1

Redaktion: Toni Steiner

Administration: Silvia Brennwald,

Heinrich-Str. 213, 8005 Zürich

<mailto:silvia.brennwald@bluewin.ch>

Kontakt:

<mailto:info@guatemalanetz-zuerich.ch>